

# Keine Streubomben für die Ukraine!

Streubomben sind völkerrechtlich geächtet, da sie durch ihre enorm breite und schwer kontrollierbare tödliche Streuung sowie die verbleibenden Blindgänger die Zahl ziviler Opfer in die Höhe treiben. Dennoch rechtfertigt Berlin ihren Einsatz in der Ukraine. Deutschland könne „in der gegenwärtigen Situation den USA nicht in den Arm fallen“ sagt Bundespräsident Steinmeier, der als Außenminister 2008 die Konvention gegen Streumunition unterschrieb.

Dies ist ein weiterer Tiefpunkt von Doppelmoral und Doppelzüngigkeit der deutschen Politik und wirft die Frage auf, bei welchen geächteten Waffen die Billigung Berlin enden würde. Die Ukraine setze die Bomben nur zum Schutz der eigenen Zivilbevölkerung ein, verteidigt die Bundesregierung die Lieferung. Doch um den Schutz der Menschen in den umkämpften Gebieten kann es dabei offensichtlich nicht gehen, da sie den Preis durch mehr „Kollateralschäden“ und verminte Äcker und Wiesen bezahlen müssen.



## Pressemitteilung der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!

Die Pläne der USA, international geächtete Streumunition an die Ukraine zu liefern sowie deren Einsatz durch die ukrainische Armee, müssen von der Bundesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden. Die USA, die Ukraine und Russland sind dem Übereinkommen über Streumunition zwar nicht beigetreten, **das humanitäre Völkerrecht verbietet aber Waffen, die unterschiedslos Kämpfer als auch Zivilist:innen treffen.**

Außerdem werden die Blindgänger praktisch zu Landminen, die noch Jahre und Jahrzehnte später zu Verstümmelungen oder dem Tod vollkommen Unbeteiligter führen können. Da Deutschland jedoch Vertragsstaat ist, müssen künftige Waffenlieferungen im Rahmen von Artikel 51 der UN-Charta für die Ukraine daraufhin überprüft werden, ob mit diesen die dann gelieferte Streumunition eingesetzt werden kann.

Denn **Deutschland darf als Unterzeichner der sogenannten „Oslo-Konvention“ den Einsatz von Streumunition nicht unterstützen.** Dazu zählt auch die Lieferung von geeigneten Abschussvorrichtungen oder Trägersystemen, wie z. B. Panzerhaubitzen“, sagt Susanne Weipert, Koordinatorin „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“.

„Es muss sogar bezweifelt werden, dass die Ukraine diese Munition ausschließlich gegen russische Truppen und in nicht bewohnten Gebieten einsetzt. Denn laut einem UN-Bericht haben sowohl die Ukraine als auch Russland im vergangenen Jahr Streumunition

in von Zivilist:innen bewohnten Gebieten eingesetzt. Das humanitäre Völkerrecht gilt auch für die Ukraine. Verbrechen Russlands entbinden die Ukraine nicht von ihren internationalen Verpflichtungen.“, so Jürgen Grässlin, Sprecher der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Bundessprecher der DFG-VK und ergänzt: „Dieser Krieg zeigt einmal mehr, dass es keine guten oder gerechten Kriege gibt, denn die Leidtragenden sind immer unschuldige Zivilist:innen sowie Soldaten, denen das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt wird – wohlgemerkt auf beiden Seiten.

**Die Bundesregierung muss sich dafür starkmachen, dass sowohl Russland als auch die Ukraine und die USA dem Übereinkommen über Streumunition (CCM) beitreten“.**

„Es ist ein Skandal, dass sich **Bundespräsident Steinmeier** als ‚befangen‘ erklärt bei der Frage nach der beabsichtigten Lieferung von Streumunition durch die USA. Die Tatsache, dass er **damals für die Bundesrepublik Deutschland das Übereinkommen über Streumunition unterzeichnet** hat, sollte ihn gerade dazu veranlassen, **sich mit Vehemenz für die Durchsetzung der daraus resultierenden Norm einzusetzen**“, erklärt Vincenzo Petracca, Sprecher der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und Vorstandsmitglied der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und führt weiter aus: „Außenministerin Baerbock ist in ihrer ablehnenden Position zu der geplanten Lieferung nur zu unterstützen. Sogar Großbritannien und Spanien haben sich dagegen ausgesprochen.

Und auch Kambodscha, das bis heute unter dem Einsatz von Streumunition in den 70er Jahren leidet, warnt die Ukraine vor dieser Waffe. Die Bundesregierung muss alles in ihrer Macht Stehende tun und den Einsatz dieser Munition verhindern, der v.a. für Zivilist:innen auch nach Jahren noch eine tödliche Gefahr darstellt.“

**Wir fordern den Krieg nicht durch die Lieferung von immer mehr und schwereren Waffen zu verlängern, sondern konkrete Schritte zu Verhandlungen für einen baldigen Waffenstillstand.**

## Waffenlieferungen stoppen! Verhandeln statt schießen!